

Statt mehr oder weniger – anders!

Genug für alle?

In zunehmendem Maße werden in der Bundesrepublik Armut und Armutsverschärfung denjenigen zugemutet, die sich nicht ausreichend wehren können: Familien, Alten, Kranken und Behinderten, Menschen mit Migrationshintergrund. Jedes sechste Kind in Deutschland lebt in Armut, fast die Hälfte der Alleinerziehenden lebt von ALG II.

Familie ist zur gesellschaftlichen Ressource geworden, auf die wie selbstverständlich zugegriffen wird, ohne Ressourcenentwicklung ernsthaft zu ermöglichen oder gar zu fördern. Kinder zu bekommen, gilt in Deutschland als das größte Armutsrisiko. Wer arm ist, dem wird die volle Teilhabe an gesellschaftlichen Vollzügen und Erträgen verwehrt. Zudem bestehen konkrete Zusammenhänge zwischen geringem sozialen Status und vermehrter Krankheit sowie einem höheren Sterblichkeitsrisiko.

Unter dem zunehmenden Druck in vielen Lebensbereichen sinkt die Lebensqualität besonders von Eltern, an die einseitig Erziehungs- und Leistungsansprüche herangetragen werden wie an keine uns bekannte Generation zuvor. Erkrankungen aufgrund psychischen Stresses ebenso wie Medikamentenmissbrauch nehmen in der Bevölkerung als Folge zu hoher Arbeitsbelastungen dramatisch zu. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust, die Erpressbarkeit von Arbeitnehmenden angesichts des Schreckgepenstes Hartz IV prägen das Lebensgefühl vieler Menschen. Im Zuge der Globalisierung und mit zunehmender Maschinenarbeit wird Massenarbeitslosigkeit zum Normalphänomen – wenn Arbeit ausschließlich als Erwerbsarbeit aufgefasst wird. Eine steigende Verarmung großer Bevölkerungsteile ist zu befürchten, wenn kein Umdenken erfolgt.

Flickarbeiten

Private Initiativen zur Linderung gesellschaftlicher Wunden sind löblich, aber sie bleiben doch individuelle Versuche, öffentliche Aufgaben privat zu erfüllen, in Eigeninitiative zu leisten, was der Staat nicht (mehr) leistet. Das kann kein Zustand auf Dauer sein.

Politische Maßnahmen hingegen zeugen von Konzeptlosigkeit und mangelnder Kenntnis der Materie. Anlässlich des Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist auf der Internetpräsenz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu lesen: „Mit diesem Jahr soll den Vorurteilen und möglichen Diskriminierungen gegenüber von Armutsrisiken und Ausgrenzung betroffenen Menschen begegnet werden.“ Gleichzeitig propagiert die zuständige Ministerin von der Leyen Bildungsgutscheine für Kinder aus Hartz-IV-Familien, obwohl Fachverbände eindringlich vor der dadurch zu befürchtenden Stigmatisierungsgefahr warnen, von der Realisierbarkeit einmal abgesehen.

Schon zur geplanten Erhöhung des Elterngeldes wurde diskutiert, ob es nicht für Alkohol und Zigaretten ausgegeben werde – anstatt staatlicherseits zum Beispiel Waren und Dienstleistungen, die ausschließlich von Kindern in Anspruch genommen werden, von Steuern zu befreien. Zudem bleiben

Maßnahmen wie die erwähnten Flickwerk im löchriger werdenden Teppich unserer sozialen Gemeinschaft.

„Nur wer arbeitet, soll auch essen.“

Dieses Bibelzitat, mit dem Franz Müntefering 2006 auf Kritik am Hartz-IV-System reagierte, ist nicht nur verfälscht [, denn im 2. Paulusbrief an die Thessalonicher (3,10) steht: „Wer nicht arbeiten *will*, soll auch nicht essen.“], der damalige Arbeitsminister reiht sich mit der Fälschung dieser Worte sogar neben Stalin und Lenin ein. Aber er bringt damit auch eine Arbeitsethik zum Ausdruck, die in weiten Teilen der Gesellschaft geteilt wird und kritisch hinterfragt werden muss.

Allen Idealen des Sozialstaates zum Trotz scheint Wirtschaft in Deutschland zum Religionsersatz geworden zu sein, der den Wert eines Menschen an seiner aktuellen Verwertbarkeit für die Erwerbsarbeitswelt misst. Und nur dorthin fließt gerne und bereitwillig Förderung. In einer durchökonomisierten Gesellschaft wird es für all die immer enger, die von Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind – oder die unvergütete Leistungen erbringen im Bereich der Familienarbeit, in sozialen und kulturellen Bereichen. Wenn die Arbeit dort unbezahlt ist, wird ihr die Anerkennung verwehrt, wird sie nicht einmal als Arbeit bezeichnet; ein standardisierter Begriff fehlt sogar in der Fachwelt. „Erziehungsarbeit, Angehörigenpflege, unvergütete Kulturarbeit“ sind Ausdrücke, mit denen versucht wird, einen komplexen Gegenpol zum Begriff „Erwerbsarbeit“ zu erfassen. Ein Großteil von Leistungen in dieser Gesellschaft wird unsichtbar gemacht, obwohl sie massiv von ihnen profitiert – eine soziale Ausbeutung, die dem wirtschaftlichen Modell folgt. Der Begriff „Leistungsgesellschaft“ klammert unentgeltliche Arbeit aus. Aus Sicht der Wirtschaft mag das nachvollziehbar sein, weil so eine Vergütung verhindert wird, aber aus der Sicht der Gesellschaft?

Die meisten Menschen, die ALG II/ Sozialgeld erhalten, sind entweder jünger als 18 Jahre oder älter als 55 Jahre alt, sie sind krank oder behindert oder sie haben kleine Kinder bzw. sind allein erziehend; es handelt sich um Menschen, auf die die Wirtschaft nicht zugreifen darf oder will. Warum also erscheinen die Worte „Flachbildschirm“ und „soziale Hängematte“ so häufig in Beschreibungen von Benachteiligten in den Medien? Und warum werden finanziell Schwache öffentlich mit sozial Schwachen gleichgesetzt?

Solche Diffamierungen sind nicht allein mit Neid auf unterstellten Zeitwohlstand Nichterwerbstätiger oder mit der Sorge vor Sozialmissbrauch zu erklären. Es ist eine Frage des Menschenbildes. Wir misstrauen einander und tun das laut kund. Zudem schimmert in Generalverdächtigungen die Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg durch: Es ist beruhigend zu wissen, dass es anderen (noch) schlechter geht. Aufgrund der Individualisierungstendenzen moderner Gesellschaften wird die „Schuld“ für ihre Situation sozial Benachteiligten zugesprochen, oftmals auch von ihnen selbst, obwohl gesamtgesellschaftliche Probleme nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden können. Wenn man selbst sich nicht „schuldig“ verhält, ist der eigene Abstieg unmöglich – so die Hoffnung.

Offenbar ist es unsere Mentalität, die uns davon abhält, einander in einem der reichsten Länder der Welt ein gutes Leben zu ermöglichen. Stigmatisierung, solange sie nicht zu radikal à la Sarrazin klingt, ist gesellschaftsfähig und trägt zu sozialen Schärfen bei, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung selbst über Alltagserfahrungen als Diskriminierte verfügt. Auch eine strafende Aktivierungspolitik, die Menschen in eine bittstellend-schuldige Position verweist, erscheint in diesem Zusammenhang in einem unrühmlichen Licht, besonders vor dem Hintergrund fehlender Erwerbsarbeitsplätze.

Arbeit fällt dennoch an und wird geleistet: Die Anzahl der ehrenamtlichen Arbeitsstunden in diesem Land ist fast doppelt so hoch wie die der Erwerbsarbeitsstunden – darin sind unvergütet geleistete Familien- und Pflegezeit noch nicht einmal enthalten. Die Menschen brauchen also offensichtlich keinen Zwang zur Arbeit.

Ein Umdenken ist notwendig. Es kann nicht darum gehen, Menschen dafür zu bestrafen, dass dank technischer Errungenschaften weniger Erwerbsarbeit anfällt. Wir müssen Leben in Würde ermöglichen, ehe wir an Forderungen auch nur denken können. Wir brauchen wirkliche Teilhabe an allen Prozessen und Erträgen unserer Gesellschaft für alle ihre Mitglieder.

„Teppichwechsel“

Was trotz Flickbemühungen dauerhaft Löcher zeigt, muss durch etwas Neues ersetzt werden. Das mag bei einem Teppich erheblich einfacher sein als bei einer Gesellschaft, notwendig ist es mitunter bei beiden. Umdenken kann man nicht verordnen. Aber wir können es ermöglichen, indem wir einer missgünstigen Mentalität die Grundlage entziehen und für allgemeine Entspannung sorgen. Neben den Flickwerk-Diskussionen der letzten Jahre ragt eine Gesellschaftsutopie hervor: die des bedingungslosen Grundeinkommens. Bis Anfang dieses Jahres haben fast 53000 Menschen eine Petition für seine Einführung unterzeichnet, im November gab es dazu eine Anhörung im Bundestag.

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens geht davon aus, dass jedem Menschen ohne Prüfung der Bedürftigkeit eine Summe ausgezahlt wird, die ein würdiges Leben mit kultureller Teilhabe gewährleistet. Erwerbsarbeit könne weiterhin geleistet werden, müsse es aber nicht. So werde all das ermöglicht, was wir dringend benötigen: Familienarbeit ohne materielle Not, Engagement im kulturellen und sozialen Bereich, Zeit füreinander, aber auch schlicht Muße. Innovationen können sich ohne Ängste entwickeln. Zeit als Ressource für das Gelingen einer Gemeinschaft werde wieder zur Verfügung stehen, weil der allgemeine Druck auf viele Lebensbereiche nachlasse. Den Zugriffen der Wirtschaft auf die Menschen werde die Basis entzogen, sozialer Frieden stärker gewährleistet als gegenwärtig.

Mehrere Modelle der Finanzierung werden diskutiert und auch von ökonomischer Seite für realisierbar gehalten, zumal in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland. Partielle Umsetzungen wie die Grundsicherung deutlich über der Armutsgrenze für alte Menschen in den Niederlanden oder ein zweijähriges Grundeinkommens-Modellprojekt in Ojivero, einem Dorf in Namibia, zeigen auf, dass sich Armut so wirksam bekämpfen lässt.

Existenzangst und Missgunst verhindern Kreativität und ein Miteinander, das aufs Gemeinwohl gerichtet ist. Das bedingungslose Grundeinkommen erscheint derzeit als die einzige zukunftssträchtige Gesellschaftsutopie, die Existenzangst nimmt und allen ein Leben in Würde ermöglicht. Wir können unseren enormen materiellen Wohlstand miteinander teilen, ohne einander zu Bittstellenden zu machen und auszugrenzen, und sozialen Wohlstand erfahren. Es ist eine Utopie, über die es sich zu diskutieren lohnt; die Utopie, es könnte weitergehen wie bisher, scheitert gegenwärtig. Mit einem Grundeinkommen hätte diese Gesellschaft reelle Chancen, ein lebenswerter Ort zu sein, in dem die Talente des einzelnen Mitglieds Möglichkeiten der Entfaltung erhielten. Und wir wären sozialer Gerechtigkeit ein großes Stück näher gekommen.

Literatur

- BMAS (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
- Pott, E. u.a. (2008): Interventionen zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Gruppen
- Presse, A.: Grundeinkommen: Idee und Vorschläge zu seiner Realisierung. Schriften des inter-fakultativen Instituts der Universität Karlsruhe, Band 21